

„Zweites deutsches Wirtschaftswunder“

Vollbeschäftigung in Reichweite

Der Aufschwung in Deutschland ist unübersehbar: Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll, Erwerbslose kommen in Arbeit, die Löhne steigen. Diese positive Entwicklung stand am Donnerstag im Zentrum einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag. Dabei wurde deutlich: Die positive wirtschaftliche Entwicklung geht weiter und kommt bei den Menschen an.

Die deutsche Wirtschaft geht gestärkt aus der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen hervor. In einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am Donnerstag hoben Redner von Union und FDP den Gemeinschaftscharakter dieses Erfolges hervor. So sei etwa das bemerkenswerte Wachstum von 3,6 Prozent im vergangenen Jahr nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller möglich geworden. Hunderttausende hatten sich zwischenzeitlich mit Kurzarbeit begnügt oder mussten eine neue Stelle finden. Doch mittlerweile gilt die Wirtschaftskrise als überwunden. Tatsächlich erreichte die Wirtschaftsleistung bereits wieder das Niveau, auf dem es 2008 gelegen hatte; für dieses und das kommende Jahr erwarten Experten darüber hinaus zusätzliche Wachstumschübe. Ein wichtiger Indikator dafür ist der Geschäftsklima-Index des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo. Er belegt: Die Unternehmer in Deutschland blicken weiterhin mit größtem Optimismus in die Zukunft und planen die Einstellung weiterer Arbeitskräfte.

In ihrem Beitrag zur Aktuellen Stunde stellte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, die hervorragende Situation in Bayern heraus. Im Freistaat melden mittlerweile 70 der 96 Kreise und kreisfreien Städte weniger als vier Prozent Arbeitslose. Bayern steht im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit somit an der Spitze des

deutschlandweiten Vergleichs. In jedem Regierungsbezirk liegt die Erwerbslosenquote deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, in etlichen Kreisen sind weniger als zwei Prozent der Menschen ohne Arbeit. Ein Erfolg christlich-sozialer Politik, wie Frau Hasselfeldt betonte: „Diese Zahlen sind nicht gottgegeben – auch nicht in Bayern.“

Das oppositionelle Linksbündnis konnte in der Aktuellen Stunde keine eigenen Akzente setzen. Auch die Abgeordneten von SPD, Grünen und Linkspartei können nicht leugnen, dass das Ausland sogar vom „zweiten deutschen Wirtschaftswunder“ spricht. Während Union und FDP diese Gemeinschaftsleistung aller Deutschen stärken wollen, fällt die Opposition vor allem durch kontraproduktive

Initiativen auf. So forderte die SPD zuletzt eine bürokratische Bürgerversicherung, die die deutsche Wirtschaft pro Jahr mit fünf Milliarden Euro belasten würde. Gleichzeitig sprachen sich die Grünen für eine Vermögensabgabe mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre aus. Vor diesem Hintergrund rief Frau Hasselfeldt den Vertretern der Opposition zu: „Wo ist eigentlich Ihr Herz für die Arbeitnehmer geblieben?“ Mit der christlich-liberalen Koalition wird es jedenfalls keine solchen Experimente geben. Insbesondere die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird sich auch künftig dafür stark machen, dass der Wirtschaft keine unnötigen Zusatzkosten auferlegt werden.

**Deutschland
hält zusammen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der Entscheidung des IOC, die Olympischen Winterspiele 2018 nicht nach München, sondern nach Pyeongchang zu vergeben, kann man leider nur festzustellen:



Sportfremde Erwägungen und Gewinnmaximierungsüberlegungen des IOC haben offenkundig den Ausschlag gegen München gegeben.

Bei den Herren und Damen der Ringe herrscht keinerlei Fingerspitzengefühl für Wintersporttradition und ökologische Nachhaltigkeit, sondern allein das Schielen nach scheinbar neuen Absatzmärkten steht im Vordergrund.

An der Unterstützung der Münchnerinnen und Münchner, der Landeshauptstadt München, dem Freistaat Bayern und dem Bund sowie an der hervorragenden Arbeit der Bewerbungsgesellschaft und den tollen Sport-Botschaftern lag es jedenfalls nicht.

München bleibt die schönste Stadt der Welt!

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Schuldenbremse wird eingehalten

Fairness zwischen den Generationen

Der Bundeshaushalt für das kommende Jahr nimmt Formen an: Am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf für das nächste Haushaltsjahr beschlossen. Die christlich-liberale Koalition setzt dabei klar auf Konsolidierung. Einen Schwerpunkt legt die Regierung auf die Zukunftsfelder Bildung und Forschung.

Die unionsgeführte Bundesregierung wird auch im kommenden Jahr die Schuldenbremse einhalten. Das geht aus dem Haushaltsentwurf für 2012 hervor, den das Kabinett am Mittwoch verabschiedete. Die christlich-liberale Koalition setzt dabei auf Berechenbarkeit und Solidität. Im Sinne der Generationengerechtigkeit legt sie einen Schwerpunkt auf die Haushaltskonsolidierung und setzt das im vergangenen Jahr beschlossene Zukunftspaket konsequent um.

Das Paket rückt Zukunftsinvestitionen in den Mittelpunkt. So werden die Ausgaben der unionsgeführten Bundesregierung für Bildung und Forschung im kommenden Jahr einen historischen Höchststand erreichen.

Derzeit sind Ausgaben in Höhe von 12,8 Milliarden Euro veranschlagt – das sind 61 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Gleichzeitig legte das Zukunftspaket die Grundlage für Einsparungen in anderen Bereichen des Haushalts. Hier zahlt sich vor allem die erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der unionsgeführten Bundesregierung aus. Der immense Rückgang der Erwerbslosigkeit brachte Entlastungen der sozialen Sicherungssysteme sowie der Bundesagentur für Arbeit in Milliardenhöhe mit sich.

Somit wird die für 2012 geplante Neuverschuldung mit etwa 27 Milliarden Euro um mehr als ein Drittel niedriger liegen als im bisherigen

Finanzplan veranschlagt. Dennoch verbleiben den Haushaltspolitikern der Union wenige Spielräume, wie aus dem Finanzplan des Bundes hervorgeht, der einen Blick auf die nächsten vier Jahre bietet und ebenfalls am Mittwoch verabschiedet wurde. Demnach wird die Neuverschuldung selbst 2015 noch höher ausfallen als vor Ausbruch der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und die Haushaltspolitiker der CSU im Deutschen Bundestag sind sich jedoch einig: Sollten sich tatsächlich Möglichkeiten zur Entlastung der Bürger ergeben, wäre ein Abbau der kalten Progression zu Gunsten der Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen angezeigt.

Diese Woche

„Zweites deutsches Wirtschaftswunder“ Vollbeschäftigung in Reichweite	1
Schuldenbremse wird eingehalten Fairness zwischen den Generationen	2
Regionale Wirtschaftspolitik bleibt Priorität Mayer fördert Wirtschaft	2
Bundestag lässt PID in Grenzen zu Abgeordnete folgen ihrem Gewissen	3
Deutschland an der Spitze des UN-Sicherheitsrates Im Dienst des Friedens	4
40 Jahre nachhaltige Stadtentwicklung Koalition stärkt Erfolgsmodell	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Regionale Wirtschaftspolitik bleibt Priorität

Mayer fördert Wirtschaft

Die regionale Wirtschaftspolitik bleibt in christlich-sozialer Hand: Stephan Mayer wird Vorsitzender des zuständigen Unterausschusses. Eine gute Nachricht für Bayern, dessen wirtschaftliche Zukunft Mayer besonders am Herzen liegt.

Stephan Mayer wird neuer Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Regionale Wirtschaftspolitik. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nominierte den Juristen am Montagabend einmütig. Damit bleibt das wichtige Feld der regionalen Wirtschaftspolitik in den Händen der Christsozialen. Mayer übernimmt den Vorsitz von seinem Parteifreund Ernst Hinsken, der im Frühjahr zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie gewählt worden war.

Mayer vertritt die oberbayerischen Landkreise Altötting und Mühldorf seit 2002 erfolgreich im Deutschen Bundestag. Der 37-Jährige sagt über sich, dass er sein Mandat als Verpflichtung zur „ganz konkreten und

unbürokratischen“ Unterstützung der Menschen verstehe. Dieses Politikverständnis lässt Mayer als hervorragende Besetzung für sein neues Amt gelten. Der Unterausschuss für Regionale Wirtschaftspolitik spielt etwa bei der Umsetzung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eine wichtige Rolle. Von dieser Arbeit profitieren insbesondere strukturschwache Gebiete.

Mayer wird sein neues Amt zusätzlich zu seiner Funktion als innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ausfüllen. Seit 2005 ist er Vorsitzender des Arbeitskreises Innen, Recht, Sport, Ehrenamt, Kultur und Medien der Christsozialen in Berlin.



Bundestag lässt PID in Grenzen zu

Abgeordnete folgen ihrem Gewissen

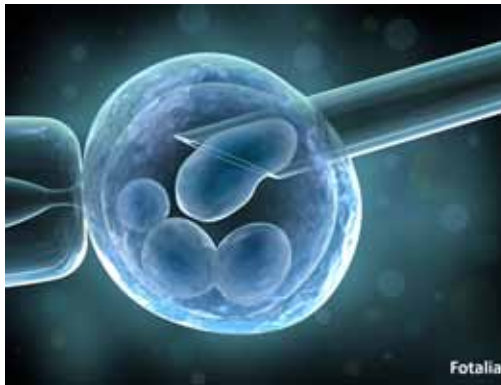
Die Präimplantationsdiagnostik bleibt in Deutschland grundsätzlich verboten, wird in Ausnahmefällen aber zugelassen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf fand am Donnerstag im Deutschen Bundestag eine knappe Mehrheit. Die meisten CSU-Parlamentarier hatten für ein Verbot votiert.

Eltern, deren Erbgut eine schwere Behinderung ihrer Kinder wahrscheinlich macht, können genetisch auffällige Embryonen im Rahmen einer künstlichen Befruchtung verwerfen. Nach mehr als dreistündiger Debatte votierten in der entscheidenden Abstimmung am Donnerstag 306 Abgeordnete für einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Für ein Verbot mit enger umrissenen Ausnahmen votierten 58 Parlamentarier. Ein Antrag, der ein konsequentes Verbot der sogenannten Präimplantationsdiagnostik (PID) befürwortete, erhielt 227 Stimmen.

Die Debatte über die PID ging damit exakt ein Jahr nach ihrem Beginn zu Ende. Am 06. Juli 2010 hatte der Bundesgerichtshof die allgemein verbreitete Auffassung, dass die PID in Deutschland verboten sei, in Frage gestellt. Bereits im Herbst formierten sich daraufhin drei Gruppen von Bundestagsabgeordneten. Sie erarbeiteten je einen Gesetzesentwurf, um zu verhindern, dass es zu einer völligen Freigabe der PID käme. Die Parlamentarier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sahen sich hinsichtlich dieser Frage des Schutzes menschlichen Lebens in einer besonderen Verantwortung. Im April wurden die drei Anträge erstmals im Bundestag beraten, nun fiel die Entscheidung.

In der Debatte, die der Abstimmung vorausging, plädierten Redner aller Fraktionen für ein konsequentes Verbot der PID. Sie sprachen sich gegen die Unterscheidung von vermeintlich „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben aus. Beobachter zeigten sich vor allem vom Beitrag Dr. Ilja Seiferts, eines Abgeordneten der Linkspartei, der selbst im Rollstuhl sitzt, beeindruckt. Auch die Rede der CDU-Abgeordneten Maria Michalk fand viel Beachtung. Sie berichtete von den Tot- und Fehlgeburten, die sie erlitten hatte, und plädierte ebenfalls für ein klares

Verbot der PID: „Hätte es damals die PID gegeben, hätte ich mein Kind nie in der Hand gehalten.“



Drei Gesetzesentwürfe zum künftigen Umgang mit der Präimplantationsdiagnostik standen zur Wahl. Die Mehrheit der christlich-sozialen Abgeordneten votierte für ein konsequentes Verbot.

Doch auch die 306 Abgeordneten aus allen Fraktionen, die für eine begrenzte Zulassung der PID stimmten,

folgten ihrem Gewissen. Ihre Vertreter stellten in der Debatte das Leid der Eltern in den Vordergrund, deren Kinder früh sterben oder mit einer schweren Behinderung leben. Dieses Leid gelte es zu verhindern. „Nur eine Ethik des Helfens macht unsere Gesellschaft menschlicher“, betonte der ehemalige CDU-Generalsekretär Peter Hintze. Der von ihm mitgestaltete Gesetzesentwurf fand schließlich die notwendige Mehrheit unter den Abgeordneten. Bei einem hohen Risiko auf eine schwere Erkrankung der Kinder können Eltern künftig eine PID durchführen. Der Untersuchung müssen jedoch eine Beratung der Mutter sowie ein Votum einer Ethik-Kommission vorangehen. Vier Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag stimmten mit Hintze, zwei für eine stärker beschränkte Zulassung und 34 gegen die Zulassung der PID.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Gegen Recht...

Ein Fund in Gera könnte einige benebelte Aussagen und Ideen der Grünen erklären: Insgesamt zwölf Hanfpflanzen hat die Polizei in den Blumenkästen der dortigen Kreisgeschäftsstelle beschlagnahmt. Besonders pikant: Die Einrichtung dient zugleich als Wahlkreisbüro von Astrid Rothe-Beinlich, Bundesvorstandsmitglied der Grünen und Vizepräsidentin des Thüringer Landtages. Die weiß nach eigener Aussage von nichts und hat die illegale Bepflanzung laut Medienberichten als „dumme Aktion“ bezeichnet. Wie bitte? Wer illegalen Hanfanbau dermaßen verharmlost, muss sich fragen lassen, ob diese Einstellung mit einer der höchsten Funktionen im Staate vereinbar ist. In jedem Fall entlarvt sie perfekt die grüne Welt-sicht auf Recht und Ordnung: legal, illegal, scheißegal.

...und Gerichte

Weitgehend unbeachtet von der bundesdeutschen Öffentlichkeit rebelliert die rheinland-pfälzische Justiz derzeit gegen die Selbstherrlichkeit der Landesregierung von Kurt Beck. Dessen Justizminister Bamberger besetzt seit seiner Amtsübernahme im Frühjahr 2006 wichtige Posten mit streng sozialdemokratischem Personal aus der halben Republik. Neuester Coup: Nach Querelen um die nicht verfassungsgemäße Ernennung eines SPD-nahen Richters zum Koblenzer Oberlandesgerichtspräsidenten soll nun das Gericht im Ganzen aufgelöst werden. Wer könnte da einen Zusammenhang vermuten? Ein Landesvater jedenfalls, gegen den in seiner letzten Amtszeit 3.000 Richter, Anwälte und Justizangestellte protestierend durch die Straßen ziehen, hat nicht nur abgewirtschaftet. Er hinterlässt auch einen Scherbenhaufen.

Deutschland an der Spitze des UN-Sicherheitsrates

Im Dienst des Friedens

Deutschland hat seit dem vergangenen Freitag für einen Monat den Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne. Libyen, Sudan und der Nahe Osten werden während dieser Zeit bestimmende Themen sein. Doch Deutschland will auch eigene Akzente setzen.

Wenn Deutschland im Juli die Konsultationen und Debatten im prestigeträchtigen UN-Sicherheitsrat leiten wird, muss sich die deutsche Diplomatie noch intensiver mit den schwierigsten Fragen der Weltpolitik auseinandersetzen.

Im Vordergrund werden die Situation in Libyen und Überlegungen für die Zeit nach Gaddafi stehen. Gleichzeitig wird Deutschland versuchen, auch eine Reaktion des Sicherheitsrates auf die Entwicklungen in Syrien herbeizuführen. Mit der südsudanesischen Unabhängigkeitserklärung entsteht am 09. Juli außerdem ein neuer Staat, der zunächst großer Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft bedarf. In Abstimmung mit den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats wird Deutschland

der UN-Generalversammlung eine Empfehlung zur Anerkennung des Staates Südsudan zuleiten. Die Generalversammlung soll im September abschließend entscheiden. Deutschland wird sich im Rahmen einer neu zu definierenden UN-Mission aktiv an der Absicherung der Staatswerdung Südsudans beteiligen, damit in Zukunft zwei stabile sudanische Staaten in guter Nachbarschaft miteinander leben können.

Auch Palästina hat angedeutet, einen Antrag auf Unabhängigkeit zu stellen. Ob dies noch im Juli geschieht, ist derzeit offen. In jedem Fall wird sich Deutschland mit dem schwierigsten Konflikt im Nahen Osten intensiv auseinandersetzen müssen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat die Richtlinien deutscher

Politik in dieser Sache bereits definiert: Einseitige Vorstöße helfen aus Sicht Berlins nicht weiter. Eine Lösung des Konflikts könne vielmehr nur durch direkte Verhandlungen der beiden Kontrahenten erreicht werden.

Deutschland hat sich vorgenommen, während seines Vorsitzes auch eigene Schwerpunkte zu setzen: Eine Resolution zum Schutz von Kindern, den Schwächsten in bewaffneten Konflikten, soll den bestehenden Schutz ausbauen und insbesondere Schulen und Krankenhäuser einbeziehen. Außerdem möchte Deutschland das Thema Klimawandel und dessen sicherheitspolitische Folgen – so etwa mögliche Flüchtlingsbewegungen und Verteilungskämpfe um Ressourcen – in den Mittelpunkt der Diskussion stellen.

40 Jahre nachhaltige Stadtentwicklung

Koalition stärkt Erfolgsmodell

Gute Nachricht für alle Kommunen: Die Städtebauförderung geht gestärkt in ihr fünftes Jahrzehnt. Bundesminister Dr. Peter Ramsauer setzte sich in den wochenlangen Verhandlungen über das künftige Volumen des Förderprogramms durch. Auch weiterhin können die Kommunen Investitionen in Millionenhöhe tätigen.

Den Städten und Gemeinden stehen 2012 mehr als eine halbe Milliarde Euro für Stadtentwicklungsvorhaben zur Verfügung. Diese klare Zusage des zuständigen Ministers Dr. Peter Ramsauer gibt den Kommunen Planungssicherheit. Im Rahmen der Städtebauförderung können sie diese Mittel zum Erhalt von Innenstädten und Ortszentren, für den Ausbau nachhaltiger städtebaulicher Strukturen und zum Abbau städtebaulich-sozialer Missstände nutzen.

Der Bundestag erinnerte in seiner Plenardebatte vom Freitag an die Einführung der Städtebauförderung vor 40 Jahren. In ihrem Rahmen gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen, die durch Mittel der Länder und Kommunen ergänzt werden. Seit der Einführung der Städtebauförderung war es der CSU-Landesgruppe im

Deutschen Bundestag ein besonderes Anliegen, neben den großen Städten auch den vielen bayerischen Kommunen die nötigen Finanzmittel zukommen zu lassen. Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei auch immer auf der Denkmalpflege.

Der persönliche Einsatz Ramsauers als Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung führte dazu, dass die Städtebauförderung trotz der notwendigen Einsparungen im Bundeshaushalt kaum gekürzt wird. 2012 wird sie 410 Millionen Euro betragen; zunächst waren im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr nur 266 Millionen Euro vorgesehen. Da Ramsauer den Städten und Gemeinden 2012 außerdem einen zusätzlichen Betrag von 92 Millionen Euro für die energetische Stadtsanierung zugesichert hat, erhalten

die Kommunen im kommenden Jahr sogar mehr Geld als 2011. In diesem Jahr gibt es 455 Millionen Euro für die Städtebauförderung.

Die Städtebauförderung trägt maßgeblich dazu bei, die Ziele einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogenen Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik zu konkretisieren. Seit 1971 konnten mit mehr als 13,5 Milliarden Euro über 6.400 Maßnahmen unterstützt werden. Unabhängigen Schätzungen zufolge beschert jeder staatlich investierte Euro der Privatwirtschaft Aufträge im Wert des achtfachen Betrages, was im Falle der Städtebauförderung einem Volumen von rund 110 Milliarden Euro entspricht. „Wir sind uns einig über den großen volkswirtschaftlichen Erfolg dieses Förderinstruments“, sagte Ramsauer.